

Mercosur-Agrar-Gipfel vom 20. Februar 2018

## Position der IGAS

- Die IGAS vertritt einen breiten Ausschnitt aus der land- und ernährungswirtschaftlichen Wertschöpfungskette.
- Die Verhandlungen mit Mercosur sind nicht weit fortgeschritten; wir schätzen es, dass der Dialog mit den Branchenvertretern früh gestartet wird. Wir werden es nach dem heutigen Anlass nicht als abgehakt betrachten, sondern erwarten, dass der Dialog fortgeführt und als echter Dialog umgesetzt wird. D.h., es sollen auch die Anliegen der Branche von der Verwaltung aufgenommen werden. Und es soll über echte Handlungsalternativen diskutiert werden.
- Freihandelsverhandlungen machen Sinn, wenn es gilt, den Marktzugang für Schweizer Exporteure zu verbessern und Diskriminierungen gegenüber unseren Mitbewerbern zu reduzieren. Dies noch mehr, solange in der WTO keine grossen Schritte mehr erfolgen.
- Die EU ist aktuell bei der Aushandlung neuer Handelsabkommen dynamisch unterwegs, und somit wachsen für Schweizer Exporteure die Diskriminierungsrisiken. Dies betrifft auch die Land- und Ernährungswirtschaft und insbesondere exportierende Sektoren wie die Milch- und Käsewirtschaft und die Lebensmittelindustrie.
- Deshalb bringen die IGAS-Mitglieder Verständnis auf für das Projekt eines FHA mit den Mercosur-Staaten. Dieses Verständnis für das Vorhaben heisst aber nicht, dass sie das Resultat einfach durchwinken werden.
- Neue FHA mit markanten Risiken für die Land- und Ernährungswirtschaft – somit auch das Vorhaben mit Mercosur – sind nur unter Auflagen gutzuheissen:
- Inhaltlich
  - o Exportinteressen der Land- und Ernährungswirtschaft (L&E) sollen konsequent berücksichtigt werden. Im Falle Mercosur liegen sie hauptsächlich bei Milchprodukten und Verarbeitungsprodukten der Lebensmittelindustrie vor.

- Alibiübungen, bei denen tarifäre Konzessionen nutzlos bleiben, weil die Partnerländer sich mit nicht-tarifären Massnahmen abschotten, sind nicht akzeptabel.
- Schweizer Konzessionen sollen mit Nachhaltigkeitsgrundsätzen vereinbar sein. Dies ist ein Schlüssel, wenn ein Abkommen von den Konsumenten mitgetragen werden soll. Es ist auch für die Wahrnehmung der Bauern entscheidend, ob Nachhaltigkeit für sie nur Schikanen bedeutet oder ein echter Pfeiler der Bundesratspolitik darstellt. Zudem gilt es, dem neuen BV-Artikel 104a (Ernährungssicherheit) Bst. d Leben zu geben. Er fordert explizit „grenzüberschreitende Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen“.
- Bei einem Handelsabkommen mit Mercosur gibt es diesbezüglich sensible Fragen rund um den Soja- und Getreideanbau (u.a. Rodung des tropischen Waldes, Konkurrenz zur Ernährungssicherheit der lokalen Bevölkerung) sowie um die Fütterungs- und Haltungsmethoden bei den Nutztieren (u.a. Wachstumsförderer, Feedlot-Ausmast, Stallsysteme für Schweine und Geflügel). Es braucht dazu klare Antworten, ex ante-Evaluationen und dann ein Monitoring.
- Schweizer Konzessionen sollen auch für einen gut funktionierenden Inlandmarkt Sinn machen. Das heisst z.B. beim Fleisch, nicht beliebig viele neue Kontingente mit eigenen Verteilungsregeln einführen. Sonst schafft man nur neue Renten und generiert keinen Nutzen für die Konsumenten.
- Das Schlussresultat muss der L&E, darunter auch den Bauernfamilien, Perspektiven bieten. Das ist nur zu erreichen mit Berücksichtigung der offensiven Interessen des Sektors und mit einem fairen Angebot an Begleitmassnahmen, wenn einzelne Sektoren wegen des Abkommens einen schweren Preisdruck spüren würden.

- Kommunikativ

- Es gilt, Abstand zu nehmen von der Opfer-Rhetorik: „die Landwirtschaft muss Opfer akzeptieren, damit wir Uhren und Medikamente exportieren können.“
- Es gilt, auch Abstand zu nehmen von der einseitigen Fixierung auf die Exportindustrie („Die Schweiz verdient jeden zweiten Franken im Ausland“). Den ersten Franken verdient sie im Inland; der Binnenmarkt hatte zwei Frankenschocks zu bewältigen.

- Und mit der rein akademischen Begründung „Freihandel schafft Wohlstand“ vorsichtig umzugehen. Insbesondere gilt es die Kritik, die in Deutschland das TTIP diskreditierte, proaktiv zu kontern und die Konsumentinnen und Konsumenten miteinzubeziehen.
- Gefragt ist eine realistisch-positive Kommunikation, basierend auf positiven Beispielen:
  - Auch die L&E kann von einem verbesserten Marktzugang profitieren.
  - Es sind insgesamt viele Jobs im Spiel, auch bei den Abnehmern der Landwirtschaft.
  - Der Bundesrat will es verantwortungsvoll gestalten; Konzessionen betreffen Produkte, die unsere Konsumenten mit entsprechender Qualität, Sicherheit und nachhaltigen Produktionsmethoden ansprechen.
  - Der Bundesrat will dort, wo der Übergang zu neuen Handelsregeln für die Produzenten nicht garantiert störungsfrei ist, angemessene Unterstützungsmassnahmen einführen.
  - Die Finanzierung von Begleitmassnahmen verfügt bereits jetzt über einen grossen Rückhalt im Parlament.

IGAS-Vorstand / 14. Februar 2018 (V3)